

**Name:**  
**Straße:**  
**Wohnort:**

**Datum:**

**Über den  
Landrat des Kreises Steinburg**

**an den  
Landtag Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel**

**zur Weiterleitung an die Fraktionen des Kreistages sowie des Landtages**

### **Erneute Einführung der Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir als Eltern appellieren an die im Landtag Schleswig-Holstein vertretenen Fraktionen, die getroffene Regelung zur Neueinführung der Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten unter Berücksichtigung der nachstehenden Punkte rückgängig zu machen:

1. Die Erhebung der Elternanteile durch die jeweiligen Schulträger wird einen enormen Verwaltungsaufwand entstehen lassen, der in keinem Kosten-Nutzen-Verhältnis steht. Diese Kosten müssen von den BürgerInnen und damit auch von uns noch zusätzlich aufgebracht werden.
2. Für die im ländlichen Bereich lebenden Eltern stellt die getroffene Regelung im Vergleich zu den Eltern am Schulstandort eine finanzielle Benachteiligung dar. In der Vergangenheit wurden die ländlichen Schulen geschlossen. Damals war keine Rede von der Erhebung von Eigenanteilen zur Sicherstellung der Schülerbeförderung. Darüber hinaus sind die Kinder des ländlichen Raumes häufig durch sehr lange Busfahrten benachteiligt.
3. Die Fahrkarte kann nur ausschließlich für die Schulbusfahrten genutzt werden. Eine private Nutzung im Rahmen der vorhandenen Verbindungen ist im ländlichen Raum gänzlich ausgeschlossen, da alle Fahrten nur auf den Schulbetrieb abgestimmt sind.
4. Die Eigenbeteiligung der Eltern wurde bereits 2007 eingeführt. Nach einer aufwändigen Erhebung und Bearbeitung wurde die Einführung der Elternbeteiligung als Fehler erkannt und zurückgenommen. Für uns ist kein neuer Grund erkennbar, weshalb die Elternbeteiligung nur 4 Jahre nach dem Scheitern erneut eingeführt werden soll.
5. Bekanntlich weisen die demographischen Untersuchungen bereits heute schon erschreckende Zahlen hinsichtlich des zukünftigen Bevölkerungsrückganges und der Überalterung der Gesellschaft auf. Die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft sollten alle Anstrengungen unternehmen, diesem Trend entgegenzusteuern. Dies sollte durch familienfreundliche Entscheidungen und die Schaffung eines familienfreundlichen Umfeldes geschehen. Eine finanzielle Belastung der Eltern im ländlichen Raum, die in besonderer Weise Familien mit mehreren schulpflichtigen Kindern trafe, stellt das Gegenteil familienfreundlicher Politik dar.

Wir bitten Sie deshalb, die Wiedereinführung der Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung unverzüglich zurückzunehmen. Alternativ erbitten wir eine gesetzliche Ermächtigung für eine eigene Entscheidungsmöglichkeit des Schulträgers vor Ort. Eine Kostenübernahme bzw. Zuschussung durch den Schulträger bzw. die Wohnortgemeinde sollte zulässig sein.

Im Namen aller Eltern bedanken wir uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen